

PLENUM AKTUELL

23. – 25. März 2010
Themen und Positionen
SPD-Landtagsfraktion



Bouffiers Polizeichef-Affäre

CDU/FDP:

Ausgerechnet der für den Schutz der Verfassung zuständige Minister setzt sich über Recht und Gesetz hinweg, in dem er einen Parteifreund zum Chef der Hess. Bereitschaftspolizei befördert. Bouffier ignoriert damit bewusst ein Gerichtsurteil. Denn ein unterlegener Bewerber hatte geklagt und vor dem Verwaltungsgerichtshof - der höchsten Instanz in Hessen - Recht bekommen. Die Richter stoppten die Stellenbesetzung und forderten ein zweites Auswahlverfahren. Das hat es aber offensichtlich nicht gegeben, sondern ein CDU-Mitglied und CDU-Kreistagsabgeordneter aus Bouffiers Wahlkreis, Herr Langecker, wurde - ohne weiteres Personalauswahlverfahren - zum Chef der Bereitschaftspolizei ernannt.

SPD:

Diese Stellenbesetzung zeigt erneut wie Parteibuchwirtschaft in der Hess. CDU-Landesregierung Einzug hält. Aber noch gravierender ist, wie sich ein Innenminister eiskalt und berechnend über Recht und Gesetz hinweg setzt. Bouffier war die höchstrichterliche Entscheidung, ein erneutes Personalauswahlverfahren durchführen zu müssen, bekannt und dennoch hat er dies ignoriert und seinem Parteifreund einen lukrativen und einflussreichen Posten beschafft. Dies war ein Rechtsbruch mit Ansage! Ein solches Verhalten eines Innenministers muss Konsequenzen haben und darf nicht geduldet werden.

Unserer Aufforderung, dass sich der Ministerpräsident zu diesem Vorfall erklärt, kam die Landesregierung nicht nach. Die Aufklärung blieb mangels geordneter Aktenlage bis heute aus, und die Fragen im Innenausschuss wurden nur unzureichend beantwortet.

„Dünne Akten – dicke Freundschaft“: Das bewog uns dazu, in dieser Woche die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen, um Klarheit zu gewinnen. Nun müssen Minister, Staatssekretär, Landespolizeichef und Bewerber unter Eid aussagen, damit die Wahrheit ans Licht kommt – und hoffentlich der bewusste Rechtsbruch des Ministers bewiesen werden kann.

Missbrauch von Kindern

In einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, FDP und Grünen zeigt sich der Landtag bestürzt über die schrecklichen Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen unter dem Dach von Kirchen, Schulen oder Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Landtag verurteilt diese Vergehen und spricht den Opfern sein aufrichtiges Mitgefühl aus.

In einer denkwürdigen Debatte fordert der Landtag alle vom Vorwurf der Kindesmisshandlung und des Kindesmissbrauchs betroffenen Institutionen auf, für eine rasche und rückhaltlose Aufklärung zu sorgen. Es darf keine Vertuschung und Verharmlosung geben. Dazu gehört auch, dass künftig Missbrauchsfälle unverzüglich bei den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen sind. Kindesmissbrauch duldet keine rechtsfreien Räume!

Der Landtag zeigt sich erschüttert, dass Täter weiterhin in der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt wurden und fordert, alle überführten Personen nie wieder in der Arbeit mit Kindern einzusetzen. Darüber hinaus werden in dem gemeinsamen Antrag weitere präventive Maßnahmen und Unterstützungsstrukturen gefordert.

Schulpolitik in Hessen

CDU/FDP:

Mit der Einführung der sog. neuen Mittelstufenschule will die Landesregierung für verbundene Haupt- und Realschulen die Möglichkeit eröffnen, dass H- und R-Schüler in den Klassen 5-7 gemeinsam lernen können.

Trotz ständig sinkender Schülerzahlen will die Landesregierung an der Hauptschule festhalten und spricht sich gegen ein längeres gemeinsames Lernen ALLER Kinder aus.

Das Wahlversprechen der FDP, für eine 105%-ige Lehrerversorgung einzutreten, scheint vollkommen in Vergessenheit geraten zu sein.

SPD:

Wir haben Eckpunkte zum Neuen Schulgesetz eingebracht und wollen damit Chancengleichheit und individuelle Förderung sicherstellen.

Wir brauchen ein Schulgesetz, das beantwortet, wie die Abhängigkeit zwischen Herkunft und Bildungserfolg verringert und Chancengleichheit sowie individuelle Förderung umgesetzt werden können. Die Schuleingangsstufe muss zur Regeleinrichtung werden, die Verkürzung in der Mittelstufe wollen wir zurücknehmen und eine individuelle Lernzeitverkürzung in der Oberstufe einführen. Die SPD-Fraktion vertritt mit der Forderung nach der Rücknahme von "G8" auch die Position von Landeselternbeirat und Landesschülervertretung.

Wir treten nach wie vor für längeres gemeinsames Lernen ein, mit dem Ziel alle Abschlüsse solange wie möglich offenzuhalten.

Das Projekt der eigenverantwortlichen Schule unterstützen wir, sehen es aber zum Scheitern verurteilt, wenn die Schulen nicht bald erfahren, welche organisatorischen, pädagogischen und finanziellen Freiräume sie haben.

Atomkraft

CDU/FDP:

Biblis A, der älteste deutsche Atommeiler, ist durch die Freigabe des hessischen Umweltministeriums seit letzter Woche wieder in Betrieb.

SPD:

Der Atomkonsens ist für uns bindend, und daher halten wir am beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft fest. Laufzeitverlängerungen sind nicht zu akzeptieren, und die Wiederinbetriebnahme des Schrottreaktors Biblis A ist unverantwortlich.

Erneuerbare Energien

CDU/FDP:

Die von der CDU/FDP-Bundesregierung beabsichtigte gravierende Kürzung im Bereich der Solarförderung wird selbst von unionsgeführten Bundesländern kritisiert und abgelehnt.

SPD:

Die abrupte drastische Kürzung der Einspeisevergütung für Solarstrom gefährdet den Forschungs- und Produktionsstandort Deutschland mit seinen ca. 60.000 Arbeitsplätzen. Daher sprechen wir uns für eine Absenkung mit Augenmaß aus und lehnen die von der Bundesregierung geplante radikale Kürzung ab.

Änderung Kommunalwahlgesetz

CDU/FDP:

Mit der Regierungsmehrheit wurden Änderungen im Kommunalwahlgesetz beschlossen, die u. a. vorsehen, die Vereinfachung der Zusammenlegung von Wahlen zu ermöglichen, Ein-Personen-Fraktionen zu stärken, mehr hauptamtliche Beigeordnete und zusätzliche Informationen über Bewerber auf den Stimmzetteln zuzulassen.

SPD:

Die SPD hat nach einer Landtagsanhörung und ausführlicher Beratung im Innenausschuss beschlossen, die Änderungen im Kommunalwahlgesetz größtenteils abzulehnen. Insbesondere haben wir uns gegen den Fraktionsstatus von „Ein-Personen-Fraktionen“ in Gemeindevertretungen mit max. 23 Mitgliedern ausgesprochen. Die Anhebung der Obergrenze für hauptamtliche Beigeordnete schien uns sehr auf die FDP-Bedürfnisse zugeschnitten zu sein. Auch die Möglichkeit der Wohnort-Angabe für Bewerber auf Stimmzetteln wurde von uns kritisch gesehen, da dies Kandidaten/innen aus kleineren Orten benachteiligen würde. Die Vereinfachung zur Zusammenlegung von Wahlen fand hingegen unsere Zustimmung.